



Treten 2018 nicht mehr an (von links): Erika Walt (parteilos), Pius Amstutz (CVP) und Karin Hügli (EVP).

Bilder zvg

Pfäffikon braucht drei neue Gemeinderäte

PFÄFFIKON Für den Pfäffiker Gemeinderat braucht es neues Personal: Erika Walt (parteilos), Karin Hügli Schweizer (EVP) und Pius Amstutz (CVP) treten für die neue Legislaturperiode nicht mehr zur Wahl an.

Knapp acht Monate dauert es noch, dann finden die Wahlen für die Legislaturperiode 2018 bis 2022 statt. Zeit für die Parteien, sich in Stellung zu bringen – denn langsam zeichnet sich ab, welche Behördenmitglieder weitermachen wollen. In Pfäffikon braucht es drei neue Gemeinderäte: Erika Walt (parteilos), Pius Amstutz (CVP) und Karin Hügli Schweizer (EVP) treten am 15. April des nächsten Jahres nicht mehr an.

Am Schwersten wiegt der Rücktritt von Erika Walt: Sie ist seit bald 24 Jahren Gemeinderätin, amtiert als erste Vizepräsidentin – und hat mit den Finanzen und den Liegenschaften zwei wichtige Ressorts unter sich. Dass sie nicht mehr antritt, steht schon eine Weile fest, zumindest inoffiziell. Als im August des letzten Jahres mögliche Nach-

folger für den zurücktretenden Gemeindepräsidenten Bruno Erni diskutiert wurden, sagte Walt gegenüber dem ZO/AvU: «Ich bin jetzt 22 Jahre im Gemeinderat. Das ist genug.» Heute sagt sie: «Wenn ich noch eine ganze Legislaturperiode bleiben würde, wäre ich am Ende fast 70-jährig. Darum sind mir vier weitere Jahre zu lang.» Lieber wolle sie sich nun, im Pensionsalter, mehr Zeit für sich und ihre Familie nehmen.

Zu wenig Zeit fürs Amt

Pius Amstutz hat ebenfalls schon vor längerem bekannt gegeben, dass er seine Amtszeit nicht verlängern will. Amstutz ist seit 2010 Gemeinderat und Gesundheitsvorstand. Am wenigsten lang im Amt ist Karin Hügli Schweizer; sie wurde 2012 gewählt und ist Sozialvorstehe-

rin. Sie trete aus beruflichen Gründen zurück, sagt die EVP-Politikerin. Als Gruppenleiterin beim Zivildienst Rüti sei sie stark eingespannt. Dazu ist sie Mitglied der Bezirkskirchpflege Hinwil. «Mir bleibt wenig Zeit für mein Amt als Gemeinderätin. Dieses grosse Ressort erfordert zeitlich viel Flexibilität, diese kann ich nicht mehr uneingeschränkt erbringen.»

«Know-how-Verlust»

Das Sozialamt stand in den letzten Jahren immer wieder in der Kritik. Die Kosten im Sozialbereich waren angestiegen, es gab häufig Personalwechsel (wir berichteten). Mittlerweile hat sich die Situation beruhigt. Mit der unruhigen Zeit habe ihr Entschluss nichts zu tun, sagt Hügli Schweizer. «Dieser Schritt ist mir sehr schwer gefallen. Ich bin sehr gern in meinem Amt.»

Er sei froh, dass sich vier von sieben Gemeinderäten zur Wiederwahl stellen, sagt Gemeindepräsident Marco Hirzel (SVP).

Dass Erika Walt nicht mehr antritt, bedeute ohne Zweifel ein grosser Know-how-Verlust; zumal sowohl in der Liegenschafts- als auch in der Finanzabteilung der Verwaltung die langjährigen Abteilungsleiter wechselten. «Mittlerweile sind die neuen Abteilungsleiter aber etabliert.» Mit Blick auf die Zuständigkeiten der Ressorts sagt Hirzel: «Es ist nicht zwingend, dass die anspruchsvollen Ressorts Liegenschaften und Finanzen dem gleichen Gemeinderat zugeteilt sind.»

Er selbst hatte bereits bei seinem Antritt Anfang Jahr klar gemacht, dass er mindestens noch eine Legislaturperiode anhängen will. Ebenfalls klar ist, dass die SVP einen zweiten Sitz in der Exekutive anstrebt. In der Partei gebe es durchaus Interessenten, sagt Hirzel. «Spruchreif ist aber noch nichts. Die Parteiversammlung entscheidet.» Er hoffe darauf, dass sich motivierte und kompetente Kandidaten für den Gemeinderat finden. «Die

Parteien haben Zeit, um potenzielle Kandidaten aufzustellen. So sollte es keine politischen Notlösungen geben.»

Kandidaten gibt's noch keine

Eine Umfrage bei den Parteien zeigt: Die Wahlen dürften spannend werden. Die SP will unter den neuen Co-Präsidenten Marc Grosspietsch und Christian Lipp wieder zurück in der Exekutive und einen Sitz gewinnen. Und sowohl die CVP als auch die EVP wollen ihre Sitze aber verteidigen. «Wir fühlen uns von der Bevölkerung getragen», sagt EVP-Präsidentin Ursula Longatti. Allerdings wolle sie nur einen Kandidaten aufstellen lassen, der motiviert und fachlich geeignet sei.

Auch in der CVP sind noch keine konkreten Kandidaten im Gespräch, wie Präsident Hans Paul Gemperli sagt. Er selbst wird sich aus der Politik zurückziehen: Gemperli gibt das Präsidium der RPK zum Ende der laufenden Legislaturperiode ab.

Bei den Grünen ist aktuell kein Kandidat im Gespräch. «Wir sind aber dafür, dass der Proporz eingehalten wird, und das ist im Moment nicht wirklich der Fall», sagt Präsident Pirmin Knecht.

FDP begrüsst Parteienvielfalt

Ob die FDP neben den bisherigen Lukas Steudler und Stefan Gubler einen dritten Kandidaten aufstellt, lässt Präsident Daniel Haldimann offen, die interne Nomination der FDP-Kandidaten hat noch nicht stattgefunden. «Grundsätzlich erheben wir keinen Anspruch auf einen dritten Sitz.» Die FDP begrüsst eine Parteienvielfalt im Gemeinderat. «Wir fänden es gut, wenn die SP wieder vertreten wäre. Kritische Stimmen tun der Exekutive gut.»

Sollte sich herausstellen, dass es zu wenige Interessenten für den Gemeinderat gebe, würde sich die FDP eine weitere Kandidatur gut überlegen. «Wir warten aber erst mal die Parteiprääsidentenkonferenz ab.» Isabel Heusser

«Das ist kein unabhängiges Urteil»

ILLNAU-EFFRETIKON Die Stadt Illnau-Effretikon hätte das Referendumskomitee gegen die Änderung des Gesetzes über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge nicht mit 5000 Franken unterstützen dürfen. Sozialvorstand Samuel Wüst (SP) hat wenig Verständnis für dieses Urteil.

Kam das Urteil für den Stadtrat Illnau-Effretikon überraschend?

Samuel Wüst: Nein, nicht wirklich. Denn das Urteil zum Stimmrechtsrekurs vom Illnau-Effretiker SVP-Gemeinderat und Kantonsrat René Truninger hat der Kanton gefällt. Dieser hat uns auch die umstrittene Gesetzesänderung eingebrockt. Das ist kein unabhängiges Urteil.

Dann wäre das Urteil Ihrer Meinung nach anders ausgefallen, wenn eine andere Behörde entschieden hätte?

Wahrscheinlich. Im Urteil ist nämlich festgehalten, dass wir nicht stärker vom revidierten Gesetz betroffen sind als andere. Doch vergleichbare Zahlen verschiedener Gemeinden liegen nicht vor, es gibt keine Statistik dazu. Das ist also schwer zu beurteilen.

Trotzdem ist der Stadtrat überzeugt, dass

Illnau-Effretikon stärker betroffen ist als andere Gemeinden.

Wir sind stärker betroffen, weil unsere Stadt eine Zentrumsfunktion hat und entsprechend mehr Zuzüge von Sozialfällen aufweist als andere Gemeinden. Sollte das vom Kantonsrat revidierte Gesetz vom den Stimmberechtigten angenommen werden, würde dies für uns jährliche Mehrkosten von etwa 300'000 Franken bedeuten. Das entspricht rund einem Steuerprozent. Das ist sehr viel Geld.

Wieso zieht die Stadt das Urteil dann nicht weiter?

Wir hätten vergleichbare Zahlen vorweisen müssen, die unsere starke Betroffenheit belegen. Zudem ist der Betrag von 5000 Franken zu klein, um eine Riesensache daraus zu machen. Deshalb akzeptieren wir das Urteil.

Andere Gemeinden haben das Referendum nicht

unterstützt, weil das revidierte Gesetz nur für einen begrenzten Zeitraum gültig sei. Ausserdem gehe es um letztlich um das Geld der Steuerzahler – egal ob der Kanton oder die Gemeinden zahlen.

Das ist nur die halbe Wahrheit. Werden die Gemeinden in der Zeit bis zum neuen Gesetz zur Kasse gebeten, gehen sie geschwächt in die Verhandlungen für das neue Gesetz. Dieses soll in etwa vier Jahren eingeführt werden. Dann wird der Kostenteil zwischen Kanton und Gemeinden zu unseren Ungunsten ausfallen. Wir wollen nicht, dass mehr Sozialkosten auf uns abgewälzt werden. Schliesslich entscheiden kantonale Stellen über die Platzierungen und nicht wir. Und wer entscheidet, der sollte zahlen.

Ein Stimmrechtsrekurs in Dübendorf wurde abgewiesen, weil Dübendorf im Gegensatz zu Illnau-Effretikon das Referendum von Anfang an unterstützt hat. Haben Sie Verständnis dafür?

Es ist gut, dass der Rekurs in Dübendorf abgewiesen wurde.

Somit ist auch geklärt, dass eine finanzielle Unterstützung durch Gemeinden möglich ist. Wieso jedoch hier diese Unterscheidung gemacht wird, ist für uns nicht nachvollziehbar. Denn Düb-



«Es ist gut, dass der Rekurs in Dübendorf abgelehnt wurde.»

Dübendorfs Unterstützung des Referendums ist der einzige Unterschied zu unserer Ge-

meinde. Finanziell ist Dübendorf etwa ähnlich betroffen wie Illnau-Effretikon.

Wieso hat der Stadtrat das Referendum nicht von Anfang an unterstützt?

Als das Referendum lanciert wurde, haben der Gemeindepräsidentenverband und der Kanton noch über die die Gesetzesänderung verhandelt. Wir wollten diese Verhandlungen abwarten und nicht vorpreschen. Zudem war schnell klar, dass das Referendum zustande kommen würde. Unsere Unterschrift wurde nicht mehr benötigt.

Welche Konsequenzen zieht der Stadtrat aus dem Fall?

In Zukunft werden wir wahrscheinlich vorsorglich Referenden unterstützen, damit wir sie allenfalls auch finanziell unterstützen dürfen.

Der Betrag von 5000 Franken ist bereits in die Kasse des Referendumskomitees geflossen. Was geschieht nun damit?

Das Komitee hat Verständnis für unsere Situation. Wir haben gestern erfahren, dass wir das Geld zurück erhalten.

Interview: Fabian Senn

Ein Tag rund um Winden

WILA Am Samstag, 2. September von 10 bis 16 Uhr, findet in der alten Windenmacherei Brüngger am Lochbachweg in Wila der traditionelle Tag der offenen Tür statt. Dieses Jahr stehen die zum Teil über hundertjährigen und über eine Transmission angetriebenen Maschinen im Zentrum. Besucher können miterleben, wenn bei der Herstellung von Windenteilen gedreht, gebohrt, gehobelt und gesägt wird.

Natürlich wird in der Werkstatt auch das Essefeuer lodern, und draussen vor der Werkstatt haben Kinder und Erwachsene Gelegenheit, auf der Feldesse selber das Eisen im Feuer erglühen zu lassen und einen kleinen Gegenstand zu schmieden. Eine kleine Festwirtschaft lädt zum Verweilen ein.

In der Ausstellung gibt es viel über die Geschichte der Werkstatt und über den Windenmacherberuf zu erfahren. Auch der Kurzfilm «De Windemacher» wird zu sehen sein. In der unter Denkmalschutz stehenden Werkstatt wurden von 1874 bis 2009 von der Handwerkerfamilie Brüngger Stockwinden hergestellt. zo